

Über eine Unterredung des Herrn Bundeskanzlers
mit dem Herrn Amerikanischen Aussenminister
John Foster Dulles am 7. Mai 1955 in Paris

Mr. Dulles sagte einleitend, dass es nach grossen Ereignissen wohl gestattet sei, auf die Arbeit der vergangenen Jahre zurückzublicken und dass dies ein geeigneter Moment sei, sich gegenseitig Glück zu wünschen. Doch dürfe man dabei nicht vergessen, dass man sich nur auf halben Wege befinde und den Blick auch auf die Probleme der Zukunft richten müsse, die durch den Erfolg der bisherigen Tätigkeit entstanden seien.

Der Herr Bundeskanzler bemerkte hierzu ergänzend, es handle sich nicht nur um Glückwünsche, für ihn sei es vor allem ein Gefühl der Dankbarkeit, das er empfinde, denn ohne die Vereinigten Staaten und ohne Mr. Dulles wäre man heute nicht so weit.

Mr. Dulles erinnerte an seinen letzten Besuch in Bonn im September 1954, kurz nachdem Frankreich die EVG abgelehnt habe. Er glaube heute, durch diesen Besuch vielleicht einen wichtigen Beitrag zur endgültigen Lösung dieses Problems ~~mit~~ geleistet zu haben, vor allem auch dadurch, dass er nicht nach Paris geflogen sei.

Der Herr Bundeskanzler bemerkte, er habe oft an die damalige Unterhaltung gedacht. Zu dem Entschluss, nicht nach Paris zu fahren, habe Mut gehört, doch habe es sich auch gelohnt. Er erinnerte sich auch noch daran, dass der Amerikanische Botschafter in Paris den Herrn Aussenminister gebeten habe, doch nach Paris, wenn auch nur kurz, zu kommen. Ergänzend hierzu sagte Mr. Dulles, selbst in London sei ihm nahe gelegt worden, noch einmal nach Paris zurückzufliegen und sich dort auf dem Flugplatz einige Minuten aufzuhalten, um mit Mendès-France sprechen zu können.

Der Herr Bundeskanzler sprach sodann von der innenpolitischen Lage in Deutschland. Er wisse und verstehe sehr wohl, dass die Frage, was geschehe, wenn er nicht mehr da sei, in Deutschland und im Ausland Besorgnis erwecke, denn schliesslich sei er nicht mehr so jung wie Mr. Dulles, der 14 Jahre jünger

als er selbst sei. Er werde noch in diesem Monat das Auswärtige Amt an Herrn von Brentano abgeben, da er es für wesentlich und wichtig halte, sich aktiv um die Aufstellung der deutschen Streitkräfte zu kümmern. Diese Aufgabe erscheine ihm so wichtig und vordringlich, da die deutschen Streitkräfte im richtigen Geiste und mit den richtigen Personen aufgestellt werden müssten. Deshalb glaube er, sich vor allem dieser Aufgabe widmen zu sollen.

Sein Nachfolger, Herr von Brentano, verfolge die gleiche Politik als er selbst, und auf Grund des Grundgesetzes könne sich der Bundeskanzler immer einmischen, da ihm die Gestaltung der Politik übertragen sei. Die Leitenden Beamten, die Mr. Dulles z.T. persönlich bekannt seien, an ihrer Spitze Staatssekretär Hallstein, verblieben im Amt, so dass auch verwaltungsmässig eine Kontinuität gewährleistet sei.

Mr. Dulles bemerkte hierzu, diese Regelung finde seinen Segen nur dann, wenn es ihm auch weiterhin möglich sei, mit dem Herrn Bundeskanzler zu sprechen, selbst wenn er nicht mehr Aussenminister sei. Diese Feststellung nannte der Herr Bundeskanzler einen "Ausdruck der buckligen Demut".

Nach Auffassung des Herrn Bundeskanzlers könne ausserdem die Kontinuität der deutschen Politik nur auf der Grundlage einer guten Mehrheit im Parlament gesichert werden. Leider schienen die Sozialdemokraten oft taub und blind zu sein. Seiner Überzeugung nach machte sich bei ihnen ein gewisser kommunistischer Eindruck bemerkbar.

Gewisse Befürchtungen seien auch durch Erklärungen führender Mitglieder der FDP, an ihrer Spitze Herr Dehler, ausgelöst worden. Doch habe er am Vortage je drei Vertreter der Koalitionsparteien insgesamt drei Stunden bei sich gehabt und sich von ihnen bestätigen lassen, dass sie auch in der neuen Phase der deutschen Aussenpolitik auf dem gleichen Boden stünden wie er selbst. Mr. Dulles könne sich also darauf verlassen, dass die deutsche Aussenpolitik mit der gleichen Stabilität wie bisher fortgeführt werde.

Mr. Dulles fragte den Herrn Bundeskanzler, was er von dem offensichtlichen Wechsel der kommunistischen Taktik in Europa halte. Die Kommunisten versuchten, die Sozialisten nicht mehr als Gegner zu behandeln, sondern sie zu infiltrieren,

besonders durch engere Bindungen mit linksstehenden Sozialisten. Dies sei der Fall in Italien, Frankreich, in geringerer Masse auch England. Handle es sich dabei ~~nur~~ um eine wirkliche Änderung der Taktik oder nur um eine vorübergehende Erscheinung?

Der Herr Bundeskanzler vertrat die Ansicht, die Russen wendeten eine Taktik solange an, wie sie glaubten, damit erreichen zu können, was sie wollten. Mit dem Wort "Kommunisten" habe man heute wenig Glück, und daher versuchten die Kommunisten, die Sozialisten und Gewerkschaften zu unterwandern. Vor allem wolle man die Gewerkschaften radikalisieren. Vor einiger Zeit habe ihn ein Mitglied einer der grössten amerikanischen Gewerkschaften, Mr. Lovestone, besucht, der am internationalen Gewerkschaftskongress in Brüssel teilgenommen habe. Er halte dessen Ansichten für zu optimistisch, da er erklärt habe, die Sozialisten und Gewerkschaften seien zwar gegenwärtig etwas anfällig, doch würden sie sich sicher wieder fangen. Davon sei bisher allerdings nichts zu merken.

Mr. Dulles fragte, was der Herr Bundeskanzler zum Problem der Wiedervereinigung Deutschlands zu sagen habe.

Der Herr Bundeskanzler erwiderte, es sei Zeit, etwas zu tun und es wäre gut, wenn die drei Westmächte die Initiative übernähmen. Er glaube, die Sowjetunion sei z.Zt. weniger stark als früher und zwar aus inneren Gründen, vor allem wirtschaftlicher Art, sie habe sich zu viel vorgenommen und könne nicht alles verwirklichen. Ausserdem sei es ihr nicht gelungen, die asiatischen Mächte in dem Ost-West-Konflikt auf die Seite des Ostens zu ziehen. Doch um die Sache zu einem guten Ende zu bringen, müsse man sehr geduldig sein und dürfe sich vor einer langen Konferenz nicht scheuen.

Für Russland sei die Frage der Satelliten und der Sicherheit mit der der Ostzone unlöslich verbunden. Es sei Mr. Dulles bestimmt bekannt, dass in Polen, der Tschechoslowakei und in Ungarn die Opposition gegen die Sowjetunion stark sei und dort grosse Not herrsche. Wenn nun die Sowjetunion ein Land aus dem Ring dieser Satelliten entlasse, werde die Opposition in den anderen Ländern umso grösser.

Mr. Dulles fragte, ob er aus dieser Äusserung des Bundeskanzlers entnehmen solle, dass nach Auffassung des Herrn Bundeskanzlers Fortschritte auf dem Wege zur Wiedervereinigung nur im Rahmen eines neuen Sicherheitssystems erzielt werden könnten, indem

der Sowjetunion weitere Zusicherungen hinsichtlich ihrer Sicherheit gegeben würden.

Hierauf erklärte der Herr Bundeskanzler, die Sowjets hätten weder vor Europa noch vor Deutschland Angst, sie fürchteten nur die Vereinigten Staaten. Deshalb sei ihre gesamte Politik nur darauf gerichtet, den Rückzug der Vereinigten Staaten aus Europa herbeizuführen. In früheren Noten sei dies klar zum Ausdruck gekommen. Alle Stützpunkte der Vereinigten Staaten in Westeuropa sollten aufgelöst werden. Er glaube daher auch, man müsse versuchen, die Sowjetische Politik unter diesem Aspekt zu sehen, wenn man sie verstehen wolle. Ihr Ziel sei nach wie vor die Weltbeherrschung. Daran könnten sie nur die Vereinigten Staaten hindern. Doch könne die Sowjetunion warten und habe viel Zeit. Es werde daher auch lange dauern, bis man die Russen davon überzeugt habe, dass sie die Weltherrschaft nicht erlangen werden und die Fortsetzung ihrer gegenwärtigen Politik nichts nütze. Aus diesem Grund halte er auch die Einigung Europas für so wichtig, weil dies eine weitere verlorene Hoffnung für Russland bedeute und wehße sich dadurch die Vereinigten Staaten stärker an Europa bänden. Er glaube, es sei klar, dass die Sowjetunion ihre ganze Politik unter einen Gesichtspunkt stelle; Russland gegenüber den Vereinigten Staaten stark zu machen. Dies sei auch der Schlüssel zur gegenwärtigen Situation: das Verhältnis zwischen Amerika und Russland.

Der Herr Bundeskanzler erklärte weiter, er sei davon überzeugt, dass die Bevölkerung der Sowjetunion von der Demokratie weiter entfernt sei als zur Zeit des Zars und dass es lange Jahre dauern werde, bis Russland, oder auch nur Teile davon, demokratisch fühle und denke. Daher sei Sowjetrußland, wie alle Diktaturen, ein bedrohlicher Faktor. Gegenüber den Vereinigten Staaten wollten die Russen auch die Führung in Asien übernehmen. Es sei für die Zukunft bedeutsam, dass sich als Ergebnis der Bandung-Konferenz die dort vertretenen Länder, einschliesslich Rotchinas, geweigert hätten, eine russische Führung anzuerkennen.

Zur innenpolitischen Lage in Russland übergehend stellte der Herr Bundeskanzler fest, dass sich die Bolschewisierung als Fehlschlag erwiesen habe. Unter den Bauern in der Sowjetunion und in den Satellitenstaaten mache sich eine starke Opposition bemerkbar. Ausserdem sei eine Lebensmittelkrise

ausgebrochen und es herrschten Schwierigkeiten bei der Güterversorgung. Die landwirtschaftliche Struktur lasse sich eben plötzlich nicht ändern, wenn sie einmal in einer bestimmten Weise gestaltet worden sei. Die Russen seien ein Bauernvolk zweiter Klasse, das man höchstens in Generation, nicht aber in 10 oder 20 Jahren zu Industriearbeitern machen könne. Nach Aussagen aus Russland heimgekehrter deutscher Kriegsgefangener seien die industriellen Verhältnisse in der Sowjetunion kasserst schlecht, mit Ausnahme derjenigen Gebiete, in denen sie von jeher gut gewesen seien. Dazu kämen noch die innerpolitischen Machtkämpfe, so dass man nie genau wisse, wer wirklich an der Macht sei.

Alles in allem sähe er, ohne zu optimistisch sein zu wollen, die gegenwärtige Lage so: In Russland seien Zeichen der abnehmenden Stärke zu erkennen. Europa nähme an Stärke zu, Asien halte sich zurück, die Vereinigten Staaten seien sehr stark und seien ihrer Europa-Politik treu geblieben. Dies alles seien gute Vorzeichen, dass es, allerdings nach langer Zeit, zu einer Entspannung kommen könne, doch erfordere dies seitens der freien Nationen Geduld, Konsequenz und Beharrlichkeit.

Mr. Dulles richtete sodann an den Herrn Bundeskanzler die folgenden Einzelfragen: (1.) Der Westen habe eine allgemeine Verpflichtung übernommen, sich um Vier-Mächte-Gespräche zu bemühen. Wünscht der Herr Bundeskanzler die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands als ein Thema der Tagesordnung? (2.) Wünscht die Bundesrepublik Deutschland, falls Vier-Mächte-Gespräche zustandekommen und die Frage der Wiedervereinigung auf der Tagesordnung erscheint, an den Gesprächen teilzunehmen? (3.) Falls die Sowjetunion darauf besteht, dass auch die DDR teilnimmt, wäre die Bundesrepublik auch dann zur Teilnahme bereit oder wäre sie in diesem Fall gegen eine unmittelbare deutsche Beteiligung?

Zu diesen Fragen nahm der Herr Bundeskanzler wie folgt Stellung: Er wünsche nach sorgfältiger Vorbereitung Vier-Mächte-Gespräche mit dem Punkte der Wiedervereinigung auf der Tagesordnung. Die Konferenz könnte gegebenenfalls im Spätsommer stattfinden. Nach den Erfahrungen der Berliner Konferenz werde im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung wahrscheinlich

auch die Frage der Sicherheitsabmachungen aufgeworfen werden. In Beantwortung der zweiten und dritten Frage erklärte der Herr Bundeskanzler, die Vertreter der Sowjetzone seien ihm eigentlich gleichgültig. Doch müsse man darauf Rücksicht nehmen, dass eine Beteiligung der Bundesrepublik und der Ostzone als gleichberechtigte Gesprächsteilnehmer auf die Bevölkerung der Ostzone einen sehr schlechten Eindruck machen und praktisch als eine Anerkennung der DDR angesehen würde. Der psychologische Widerstand hiergegen sei wichtig und dem müsse Rechnung getragen werden. Deswegen sei er gegen eine direkte Beteiligung, würde aber eine sehr enge Verbindung zwischen der Bundesrepublik und den drei Westmächten bei der Vorbereitung und während der Konferenz begrüßen. Er wäre auch dankbar, wenn während der Konferenz deutsche Vertreter täglich ihre Ansichten zu den erörterten Problemen darlegen könnten. Anders ausgedrückt, im Innenverhältnis solle es sich um eine Partnerschaft handeln, nach aussen solle die Bundesrepublik nicht in Erscheinung treten. Eine enge Verbindung vor und während der Konferenz erscheine ihm jedoch sehr wünschenswert.

Der Amerikanische Aussenminister schnitt sodann die Frage der Strassenbenutzungsgebühren an. Hierzu verwies der Herr Bundeskanzler darauf, dass mit dieser Massnahme der Verkehr von und nach Berlin betroffen werden solle, da die Strassenbenutzer der Ostzone diese Gebühren nicht zu entrichten brauchten. Dieses Verhalten stehe im Widerspruch zu der Vereinbarung von 1949. Wie ihm Sir Frederick Hoyer-Millar mitgeteilt habe, besässe Puschkin einen gewissen Vorwand. Er selbst hätte es für richtiger gehalten, eine Zusammenkunft nicht erst für den 16. sondern schon früher anzuberaumen. Sonst nähmen die Russen an, ihren Einwendungen werde immer Gehör geschenkt, und andererseits entstehe sowohl in Ost- und Westdeutschland der Eindruck, der Westen gebe immer nach. Botschafter Dr. Conant bemerkte hierzu ergänzend, dass die Zusammenkunft endgültig für den 20. Mai festgelegt sei. Der Herr Bundeskanzler machte darauf aufmerksam, dass die Bundesrepublik die zusätzlichen Kosten für die Abnutzung der Strassen zahlen wolle, doch müsse man sicher sein, dass das Geld auch für diesen Zweck verwendet werde.

Mr. Dulles sagte, er halte das Vorgehen der Russen in dieser Angelegenheit auch für eine Verletzung der Vereinbarungen von 1949, deren Entstehungsgeschichte er sehr wohl kenne, da er damals der amerikanischen Delegation bei der Aussenministerkonferenz in Paris, die diese Vereinbarung getroffen habe, zu angehört habe. Er hätte es vorgezogen, dieser Massnahme energischer entgegen zu treten und sich nicht nur auf Worte zu beschränken. Die Reaktion der drei Westmächte erscheine ihm zu mild.

Hierin gab der Herr Bundeskanzler Mr. Dulles recht. Er erinnerte daran, dass die Bundesrepublik ersucht worden sei, die Russen im Ost-West-Handel zu "zwiebeln". Es erscheine ihm daher wichtig, auf die korrekte Einhaltung aller Abmachungen zu dringen, selbst wenn es sich nur um kleinere Dinge handle.

Der Herr Bundeskanzler sprach sodann von einer Sorge, die er Mr. Dulles anvertrauen wolle. Er hoffe zuversichtlich, dass im Laufe der Verhandlung die Ausführung der Pariser Verträge nicht gestoppt werde. Dabei hob er ausdrücklich hervor, dass er bei der gegenwärtigen französischen Regierung keine diesbezüglichen Absichten vermute. Doch wechselten gerade in Frankreich die Regierungen sehr oft, und vielleicht komme eine Regierung an die Macht, die diese Absicht habe. Er würde es daher sehr begrüssen, wenn gerade dieser Punkt bei gegebener Gelegenheit in der richtigen Form klargemacht würde. In gewissen Berichten der französischen Presse sei diese Möglichkeit von Zeit zu Zeit schon angedeutet worden. Der Herr Bundeskanzler hob noch einmal hervor, dass er sehr grosses Vertrauen zu Herrn Pinay habe und dass die vor kurzem geführten Verhandlungen sehr gut gewesen seien. Seine Sorge beziehe sich also nicht auf ihn. Aber es solle gewisse Länder geben, und hierbei denke er weder an Washington noch an Bonn, in denen die Macht gewisser Ministerien zwischen dem Minister und dem Ministerium zugunsten des letzten geteilt sei.

Abschliessend erkundigte sich Mr. Dulles nach den Aussichten für die Verwirklichung der Verträge in Deutschland. Der Herr Bundeskanzler antwortete, dass er den ^{gegenüber}früheren konstruktiv besseren Plänen doch mit Freiwilligen anfangen wolle, und dass bereits 120 000 freiwillige Meldungen vorlägen, ohne dass dazu schon aufgefordert worden sei. Er hoffe, bis zum Spätherbst

schon beachtliche Streitkräfte aufgestellt zu haben, die dann die Kader bilden würden, die während des nächsten Jahres aufzufüllen wären. Auf eine Zwischenfrage von Mr. Dulles antwortend erklärte der Herr Bundeskanzler, dass noch ein Gesetz über die Stellung der Freiwilligen erforderlich sei, doch handle es sich dabei um ein einfaches Gesetz, das vor den Sommerferien des Parlaments ohne Schwierigkeiten Ende oder Mitte Juli verabschiedet werden dürfte.

Weber

Paris, den 7. Mai 1955

Hergestellt im Bundesarchiv - Weitergabe dieser Aufnahme nicht gestattet - Reproduktion nur mit schriftlicher Genehmigung des Bundesarchivs